



Presseerklärung

Cuxhaven, 13.03.2015

Desaster für Cuxhaven – Bankrotterklärung für die SPD !

Der Gruppenvorsitzende, „Die Cuxhavener“, im Rat der Stadt, Rüdiger Kurmann, hat in einer Presseerklärung zu der neuesten Entwicklung in Sachen Entschuldung Stellung genommen. Kurmann holt dazu etwas weiter aus und erläutert, dass die finanzielle Situation der Stadt sich seit 20 Jahren Jahr um Jahr verschlechtert hat, ohne dass energisch gegengelenkt wurde. Da aber auch andere Kommunen in Niedersachsen in finanziellen Schwierigkeiten waren, war es folgerichtig, dass die CDU-geführte Landesregierung eine „Zukunftsvertrag/Entschuldungsvertrag“ aufgelegt hat, um zu helfen. Kurmann: „Die Voraussetzungen für eine Entschuldung waren immer, dass die Kommune zu einem bestimmten Zeitpunkt durch Sparmaßnahmen einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen konnte. Dass das für Cuxhaven mehr als schwierig sein würde, ist allen Verantwortlichen seit Jahren bekannt.“ Kurmann führt weiter aus, dass im Wahlkampf 2011 sowohl bei der Wahl zum Oberbürgermeister als auch zum Rat der Stadt die Entschuldung ein Hauptthema war. Auch „Die Cuxhavener“ haben stets betont, dass der Entschuldung alle anderen Ideen unter zu ordnen sind. Im Jahr 2012 sah es auch zunächst so aus, dass man in kleinen Schritten in Verhandlungen mit dem Land vorankommen würde. Kurmann: „Die Vertreter der damaligen CDU- Landesregierung haben einen gemeinsamen Weg mit der Stadt gesucht. Sämtliche Themen, wie interkommunale Zusammenarbeit, Tourismusfinanzierung, Personalabbau oder Zukunftsinvestitionen durch Grundstücksverkäufe wurden zumindest angesprochen.“ Dann so Kurmann, nahm das „Unheil seinen Lauf“, weil die Landesregierung gewechselt hat. Danach waren die Bemühungen zwar noch vorhanden, aber wenig zielführend. U.a. hatte auch der Verhandlungsführer des Innenministeriums gewechselt. „Die Cuxhavener“ haben im Dezember 2013 erkannt, dass die neue Strategie der SPD-Landesregierung hauptsächlich auf Verzögerung, bzw. Nichtentscheiden ausgerichtet war. Deshalb hat Kurmann dem Verhandlungsführer der Landesregierung eine E-Mail geschrieben und ihm deutlich mitgeteilt, dass er, der Mitarbeiter der Landesregierung, offensichtlich der Entschuldung im Wege stehe. Das hat zu Verärgerung in Hannover geführt und die SPD hat die Zusammenarbeit mit den „Cuxhavenern“ im Rat der Stadt aufgekündigt. Kurmann: „Wir haben trotzdem Vorschläge in den Rat eingebracht, wie mittelfristig ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden könnte. Die anderen haben nur abgewartet. Und alle, auch der Oberbürgermeister, haben immer wieder gebetsmühlenartig betont, dass die Entschuldung kommen wird.“ Jetzt bietet das Land an, irgendwann im Herbst 2016 die Hälfte der Cuxhavener Schulden, also 180 Millionen Euro, zu übernehmen. Wie dann die andere Hälfte fließen soll, ist unklar. Wie das weiter bestehende Defizit im städtischen Haushalt von rund 20 Millionen ausgeglichen werden sollen, ist ebenfalls unklar.

Kurmann: „Ein solches politisches Desaster ist eigentlich unglaublich. „Die Cuxhavener“ können auch nicht froh darüber sein, dass sie nicht dafür verantwortlich sind. Die SPD-Landesregierung lässt die Stadt Cuxhaven einfach im Stich, weil sie keinen Plan und offenbar auch keinen Mut zur Entscheidung hat. Und der Oberbürgermeister, bzw. die interfraktionelle Mehrheitskooperation im Rat der Stadt haben auch keinen Plan. Wir werden weiter unsere Vorschläge verfolgen. Wir fragen uns aber auch, wer zieht aus diesem Desaster für die Stadt mal eine persönliche Konsequenz?!“